ECONSTOR
*Make Your Publications Visible.*

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Ragnitz, Joachim

**Article**

# Keine Kinder = keine Enkel: Zur Langfristigkeit demographischer Entwicklungen

ifo Dresden berichtet

**Provided in Cooperation with:**
Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

*Suggested Citation:* Ragnitz, Joachim (2018) : Keine Kinder = keine Enkel: Zur Langfristigkeit demographischer Entwicklungen, ifo Dresden berichtet, ISSN 0945-5922, ifo Institut, Niederlassung Dresden, Dresden, Vol. 25, Iss. 04, pp. 28-33

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/198607

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

*Joachim Ragnitz**

# Keine Kinder = keine Enkel: Zur Langfristigkeit demographischer Entwicklungen

**Alle Bevölkerungsvorausberechnungen gehen von einer starken Schrumpfung bei gleichzeitiger Alterung der Bevölkerung in Deutschland aus. Derartige Schätzungen sind möglich, weil die demographische Entwicklung der kommenden Jahrzehnte zu einem erheblichen Teil durch Entwicklungen der Vergangenheit determiniert: Wenn zu wenig Kinder geboren werden, gibt es mit zeitlicher Verzögerung auch zu wenig potenzielle Eltern, sodass dann nochmals weniger Kinder geboren werden. Eine Projektion der Bevölkerungsentwicklung in Deutschland bis zum Jahr 2115 macht deutlich, dass die großen demographischen Herausforderungen – kurzfristig vor allem ein Mangel an Arbeitskräften, mittelfristig vor allem Finanzierungsprobleme in der umlagefinanzierten Rentenversicherung – sich weder durch forcierte Zuwanderung noch durch eine Erhöhung der Geburtenziffern noch vermeiden lassen. Um negative Auswirkungen zu vermeiden, bedarf es daher vor allem starker Produktivitätssteigerungen und einer grundlegenden Reform der Gesetzlichen Rentenversicherung.**

Demographische Trends ändern sich gemeinhin nur langsam. Dies liegt zum einen daran, dass Veränderungen in den Stromgrößen (also Geburten, Sterbefälle oder Wanderungssalden) die Entwicklung der Bevölkerung insgesamt als Bestandsgröße nur in geringem Umfang beeinflussen. Zum anderen sind aber auch die grundlegenden Bestimmungsgrößen der demographischen Entwicklung (wie Geburtenrate oder Sterblichkeit) im Regelfall über längere Zeiträume stabil. Sieht man von der zeitlichen Volatilität der Wanderungsströme ab, lässt sich die künftige Entwicklung der Bevölkerung also vergleichsweise gut prognostizieren: Die aktuelle Zahl an Kindern determiniert nicht nur die Zahl der im Jahr 2027 benötigten Plätze in Schulen und die Zahl der im Jahr 2037 erforderlichen Studienplätze, sondern auch die Zahl der dann vorhandenen Erwerbsfähigen und die Zahl der ab 2080 in das Rentensystem eintretenden Menschen. Insoweit lassen sich beispielsweise auch die für die Tragfähigkeit der Sozialversicherungssysteme bedeutsamen Relationen von erwerbfähigen zu rentenberechtigten Personen bereits heute halbwegs genau abschätzen. Und da die heutigen Kinder die Eltern von morgen sind, lässt sich auch die Kinderzahl in dreißig bis vierzig Jahren verhältnismäßig genau vorhersagen. Insoweit sind auch längerfristige Vorausberechnungen durchaus präzise.

Umso erstaunlicher ist es, dass Politik und Öffentlichkeit die an und für sich offensichtlichen demographischen Entwicklungstendenzen der nächsten Jahre und Jahrzehnte oftmals nicht wahrnehmen (oder nicht wahrnehmen wollen) und sich nur zu gerne an die vage Hoffnung klammern, die unbequemen Auswirkungen des demographischen Wandels könnten in irgendeiner Weise noch vermieden werden. Leider ist das wohl nicht so – und die Perspektiven sind keineswegs günstig. Um dies zu zeigen, stellen wir im Folgenden eine vereinfachte Bevölkerungsvorausberechnung[1] für die kommenden 100 Jahre vor. Ziel ist dabei nicht eine Prognose der wahrscheinlichsten Entwicklung. Über ein Jahrhundert hinweg lässt sich sicherlich nicht von Stabilität aller Verhaltensweisen ausgehen, und auch die Wanderungen sind über einen solch langen Zeitraum nicht vorhersehbar. Vielmehr geht es allein darum, die langfristigen Auswirkungen der in der Vergangenheit bereits angelegten Entwicklungsmuster aufzuzeigen. Gleichzeitig wird anhand einer solchen Darstellung deutlich, dass viele der Maßnahmen, die derzeit zur Lösung demographischer Probleme diskutiert werden, auf absehbare Zeit überhaupt keinen positiven Effekt haben werden. Handlungsbedarf besteht deswegen auf mittlere Sicht vor allem bei der Anpassung an den demographischen Wandel – nicht aber darin, ihn noch zu vermeiden.

## DAS MODELL

Die vorgestellte Modellrechnung beruht auf den Verhältnissen des Jahres 2015 – dem aktuellsten Jahr, für das detaillierte Ergebnisse aus der Bevölkerungsstatistik vorliegen. Im Basisszenario ohne Wanderungen wird angenommen, dass die Determinanten der natürlichen Bevölkerungsentwicklung – altersspezifische Geburtenraten, Geschlechterzusammensetzung der Kohorten im gebärfähigen Alter, altersspezifische Sterbewahrscheinlichkeiten – auch zukünftig gelten. Tatsächlich ist dies eine rein technische Annahme, über einen Zeitraum von 100 Jahren lassen sich natürlich keine begründeten Aussagen über die Veränderung der einzelnen Größen treffen. Man wird aber davon ausgehen können, dass substanzielle Änderungen nicht kurzfristig eintreten, sodass die Berechnungen zumindest eine gewisse Plausibilität aufweisen.

* Prof. Joachim Ragnitz ist stellvertretender Geschäftsführer der Dresdner Niederlassung des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

Ausgehend von den im Jahr 2015 in Deutschland lebenden Einwohnern lässt sich ermitteln, wie sich die Größe und die strukturelle Zusammensetzung der Bevölkerung aufgrund der natürlichen Bevölkerungsentwicklung im Verlauf der nächsten 100 Jahre verändern wird. Erst im zweiten Schritt („Zuwanderungsszenario“) werden auch die Wanderungen einbezogen. Diese werden – analog zur Vorgehensweise des Statistischen Bundesamtes bei Erstellung seiner Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnungen – durch Szenarien abgebildet. Vereinfachend wird unterstellt, dass es in jedem Jahr zu einer Nettozuwanderung von 100 000 bzw. 200 000 Personen kommt, und dass diese genau die gleiche Alters- und Geschlechtsstruktur wie die Zuwanderung im Jahr 2015 aufweisen. Diese Annahme ist bedeutsam, weil die strukturelle Zusammensetzung der zuwandernden Bevölkerung letzten Endes auch Einfluss auf die künftige Anzahl der Geburten (sowie – längerfristig – auf die künftige Zahl der Sterbefälle) hat.

Allerdings ist die Bezugnahme auf das Basisjahr 2015 mit Blick auf die Wanderungen nicht unkritisch zu sehen, war dieses Jahr doch stark durch die Flüchtlingsmigration insbesondere aus dem Nahen und Mittleren Osten geprägt.[2] Es ist nicht gesichert, dass alle diese Menschen tatsächlich in Deutschland bleiben werden (wie es hier unterstellt wird). Zudem war auch die Struktur der Zuwanderung im Jahr 2015 keineswegs typisch – dabei handelte es sich in hohem Maße um junge Männer, während Frauen eher unterrepräsentiert waren. Sofern in den kommenden Jahren eine „Normalisierung“ der Geschlechterstruktur der Zuwanderenden eintritt, ergibt sich durch Fortschreibung der strukturellen Charakteristika des Jahres 2015 wohl eine Unterschätzung der auf die Zuwandernden entfallenden Geburtenzahlen.

Schließlich wird in einem dritten Szenario („Fertilitätsszenario“) eine kurzfristige Anhebung der Geburtenraten auf das Bestandserhaltungsniveau angenommen. Dies dient dazu, familienpolitische Bemühungen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie abzubilden. Auch dies ist eine rein technische Annahme, die lediglich zur Veranschaulichung der Auswirkungen einer solch drastischen (und in wenigen Jahren wohl kaum zu erreichenden) Erhöhung der Fertilität dienen soll.

## ERGEBNISSE

### a) Basisszenario

Unter der Annahme, dass die Verhältnisse des Jahres 2015 (altersspezifische Geburtenraten, altersspezifische Sterbewahrscheinlichkeiten) auch für die Zukunft gelten und keine Zuwanderung stattfindet, wird die Bevölkerung in Deutschland noch bis zum Jahr 2030 in etwa konstant bleiben, danach aber rapide schrumpfen (vgl. Abb. 1). Zwar werden, gemessen am Bestandserhaltungsniveau, weiterhin zu wenige Kinder geboren, ausschlaggebend für die Bevölkerungsdynamik ist aber das nur allmähliche Ausscheiden der geburtenstarken Jahrgänge der 1950er und 1960er Jahre aus der Gesamtbevölkerung. Dieser Effekt wird bis zur Mitte des Jahrhunderts abgeschlossen sein. Der Bevölkerungsrückgang geht aber auch danach weiter, weil jetzt der Effekt der nunmehr seit rund 50 Jahren unter dem Bestandserhaltungsniveau (2,1 Kinder je Frau) liegenden Geburtenraten zum Tragen kommt: Schon seit Beginn der 1970er Jahre nämlich ist jede Kindergeneration deutlich kleiner als die Kohorte ihrer Eltern. Beim gegenwärtigen Niveau der Geburtenrate von rund 1,5 Kindern je Frau bringen 100 Personen im gebärfähigen Alter lediglich 75 Kinder zur Welt, die dann 20 bis 30 Jahre später wiederum nur noch 56 Kinder gebären. Es ist offenkundig, dass unter diesen Bedingungen eine langanhaltende Bevölkerungsschrumpfung unausweichlich ist. In den kommenden 100 Jahren, also bis zum Jahr 2115, würde sich die Bevölkerung in Deutschland ohne Zuwanderung auf nur noch rund 40 % des Niveaus von 2015 verringern. Dies zeigt, welch dramatische langfristige Folgen selbst demographische Veränderungen in weit zurückliegender Vergangenheit noch haben können.

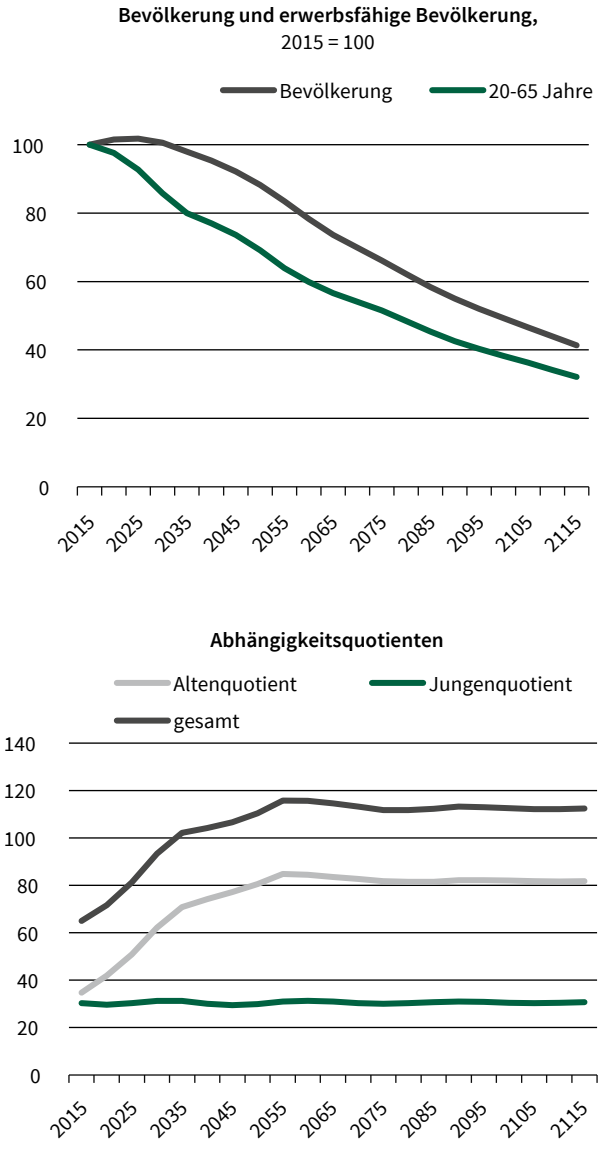
Kurz- und mittelfristig kommt es überdies zu erheblichen Veränderungen in der Altersstruktur, da die geburtenstarken Jahrgänge der 1950er und 1960er Jahre sukzessive aus dem Erwerbsleben ausscheiden und in die Rente gehen. Unter den Annahmen des Basisszenarios erhöht sich der Anteil der Bevölkerung im Rentenalter (älter als 65 Jahre) von derzeit 21 % auf knapp 40 % im Jahr 2050; die Zahl der Rentner steigt insgesamt um rund 60 %. Spiegelbildlich dazu reduziert sich der Anteil der Erwerbsfähigen (15–65 Jahre), der derzeit bei rund 60 % der Gesamtbevölkerung liegt, auf nur noch 47 %. Das Durchschnittsalter steigt von aktuell 44 Jahren auf rund 53 Jahre – ein Wert, der dann auch dauerhaft nicht mehr unterschritten wird. Die Annahme einer konstanten Geburtenrate und eines Wanderungssaldos von Null führt allerdings dazu, dass die Bevölkerungsstruktur mittelfristig wieder einen Gleichgewichtszustand erreicht. Ab etwa dem Jahr 2070 werden konstant rund 14 % der Bevölkerung jünger als 20 Jahre sein, rund 39 % hingegen älter als 65. Dementsprechend reduziert sich auch die absolute Zahl der Personen im Rentenalter und wird zum Ende des Betrachtungszeitraums nur noch rund 75 % des heutigen Niveaus betragen.

Ein konstanter Anteil erwerbsfähiger Bevölkerung bei insgesamt schrumpfender Einwohnerzahl bedeutet aber auch, dass die Zahl potenzieller Arbeitskräfte immer weiter zurückgeht – auf nur noch rund 33 % des gegenwärtigen Wertes im Jahr 2115. Arbeits- und Fachkräftemangel wird daher auch dauerhaft ein Thema bleiben und nicht etwa nur für die kommenden Jahre, wie man angesichts manch einer öffentlichen Debatte vielleicht glauben könnte. Es bräuchte schon erhebliche Produktivitätssteigerungen, also arbeitssparenden technischen Fortschritt, um den negativen Effekt der verringerten Anzahl verfügbarer Arbeitskräfte auf das Bruttoinlandsprodukt ausgleichen zu können. Die derzeit häufig mit Argwohn betrachtete Digitalisierung verliert insoweit viel von ihrem Schrecken. Immerhin: Die für sich genommen negativen Auswirkungen eines Rückgangs der erwerbsfähigen Bevölkerung auf das Pro-Kopf-Einkommen und damit das Wohlstandsniveau sind nur innerhalb der nächsten 20 Jahre wirksam. Danach schrumpfen Gesamtbevölkerungszahl und Erwerbsbevölkerung in ungefähr gleichem Ausmaß, sodass Produktivitätsfortschritte ungeschmälert auch zu einer Steigerung des Wohlstandsniveaus führen können.

Geradezu dramatisch sind hingegen die Folgen der demographischen Entwicklung auf die Finanzierbarkeit der auf

einem ausgewogenen Verhältnis von Beitragszahlern und Leistungsempfängern beruhenden umlagefinanzierten Sozialversicherungssysteme, insbesondere also der Rentenversicherung, der Krankenversicherung und der Pflegeversicherung: Der Altenquotient, also die Relation von Personen im Rentenalter (65 Jahre und mehr) zu Erwerbsfähigen wird sich unter den Annahmen des Basisszenarios von derzeit 35 % (zehn Erwerbsfähige finanzieren drei Rentner) auf mehr als 70 % (zehn Erwerbsfähige finanzieren sieben Rentner) Mitte der 2030er Jahre verdoppeln (vgl. Abb. 1). Auch danach geht der Altenquotient jedoch nicht etwa zurück, sondern steigt wegen der unzureichenden Zahl der Geburten nochmals an und stabilisiert sich langfristig bei etwa 82 % (zehn Erwerbsfähige finanzieren acht Rentner). Die zu erwartenden Probleme in der umlagefinanzierten Rentenversicherung (die derzeit nur bis zum Jahr 2030 gelöst sind) würden sich also künftig nicht etwa entspannen, sondern sogar langfristig noch zuspitzen.

**Abb. 1:**
**Demographische Entwicklung bei konstanten altersspezifischen Geburtenraten und ausgeglichenem Wanderungssaldo (Basisszenario)**




Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut

**b) Zuwanderungsszenario**

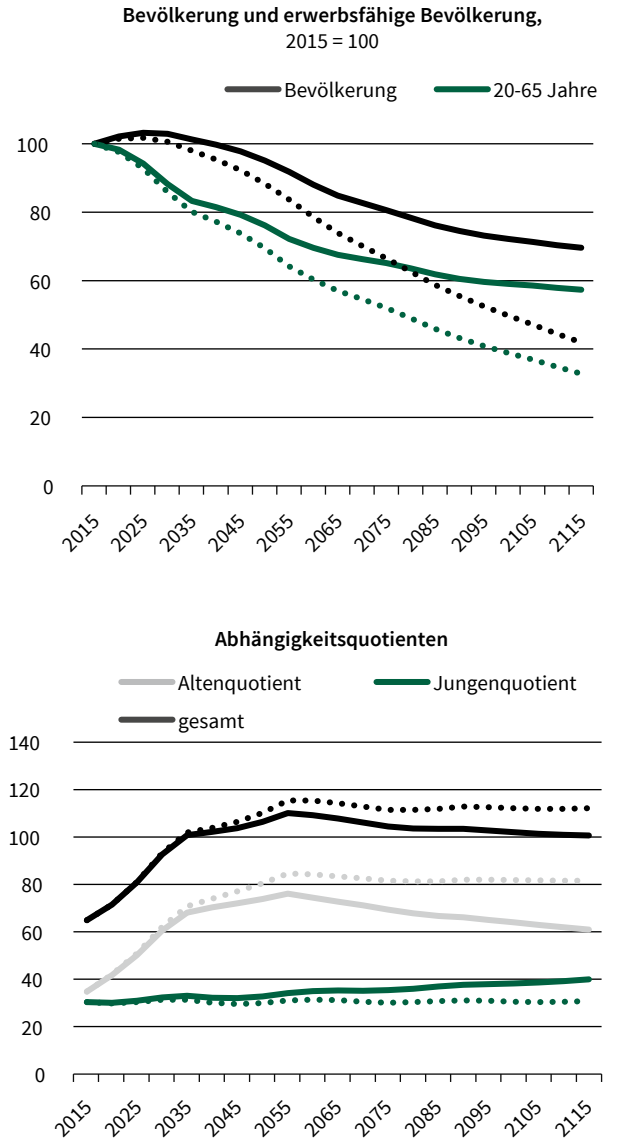
Das Basisszenario basierte auf der unrealistischen Annahme eines Zuwanderungssaldos von Null. Tatsächlich belief sich der Zuwanderungssaldo im Zeitraum von 2004 bis 2014 – also unter Ausklammerung der Flüchtlingsmigration des Jahres 2015 – auf durchschnittlich 174 000 Personen. Da Wanderungen einer erheblichen Fluktuation unterliegen – diese spiegeln nicht allein die Attraktivität des Zuzugslandes wider, sondern auch die Verhältnisse in den verschiedenen Herkunftsländern – lassen sich lediglich Annahmen über die künftigen Wanderungsströme von und nach Deutschland treffen. Das Statistische Bundesamt unterstellt daher bei seinen Bevölkerungsvorausberechnungen einen Wanderungssaldo von 100 000 bzw. 200 000 Personen, wobei die höhere Zahl allerdings erst mittelfristig erreicht wird.

Zuwanderungen können dem durch die natürliche Bevölkerungsentwicklung angelegten Rückgang der Bevölkerung in Deutschland entgegenwirken – zum einen über den direkten Effekt auf die Bevölkerungszahl, zum anderen aber auch über den damit einhergehenden positiven Einfluss auf die Zahl der Geburten. Dabei wirkt sich zusätzlich begünstigend aus, dass Zuwanderer typischerweise jünger sind als die Bevölkerung im Zielland. Das Durchschnittsalter der Zuwanderer lag im Jahr 2015 bei nur 24,8 Jahren und damit nur halb so hoch wie in der Gesamtbevölkerung. Langfristig altern allerdings auch die Zuwanderer, sodass von dieser Seite her die temporär positiven Auswirkungen auf den Altenquotienten zumindest teilweise kompensiert werden.

Es zeigt sich, dass eine moderate Zuwanderung von 100 000 Personen pro Jahr den Bevölkerungsrückgang in Deutschland zwar abschwächt, die grundsätzlichen Ergebnisse des Basisszenarios bleiben jedoch erhalten (vgl. Abb. 2). Dies gilt insbesondere für die mittlere Frist. Bis etwa 2035 unterscheiden sich die Ergebnisse kaum von der Entwicklung ohne Zuwanderung, und erst Anfang des nächsten Jahrhunderts käme es tatsächlich zu einer Stabilisierung der Bevölkerungszahl bei einem Wert von rund 57 Mill. Personen, also rund 30 % weniger als derzeit. Ähnliches gilt für die Zahl der Erwerbsfähigen, die wegen des Renteneintritts der geburtenstarken Jahrgänge der 1950er und 1960er Jahre in den kommenden 20 Jahren um rund ein Fünftel zurückgeht. Erst danach ist eine deutlich günstigere Entwicklung als im Basisszenario zu erwarten. Auch die Alterung ließe sich bei einer Zuwanderung in dieser Größenordnung nicht vermeiden: Die Gesamtzahl der Rentner würde bis zum Jahr 2050 genauso hoch sein wie im Basisszenario (da annahmegemäß kaum Personen über 50 Jahren zuwandern) und danach wegen der Alterung der Zuwandernden auch nur verhältnismäßig wenig zurückgehen. Im Jahr 2115 gäbe es in etwa genauso viele Personen über 65 Jahren wie heute. Der Anteil der Personen über 65 Jahre würde bis 2050 auf dann 36 % der Gesamtbevölkerung steigen und erst in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts allmählich wieder sinken. Die Probleme der umlagefinanzierten Sozialversicherungssysteme würden insoweit nur abgemildert, jedoch nicht gelöst. Der Altenquotient würde sich vom gegenwärtigen Niveau aus auf etwa 75 % im Jahr 2060 mehr als verdoppeln und erst danach wieder etwas zurückgehen. Er bliebe gleichwohl dauerhaft höher als derzeit.

**Abb. 2**

**Demographische Entwicklung bei konstanten altersspezifischen Geburtenraten und einer Zuwanderung von 100 000 Personen pro Jahr**



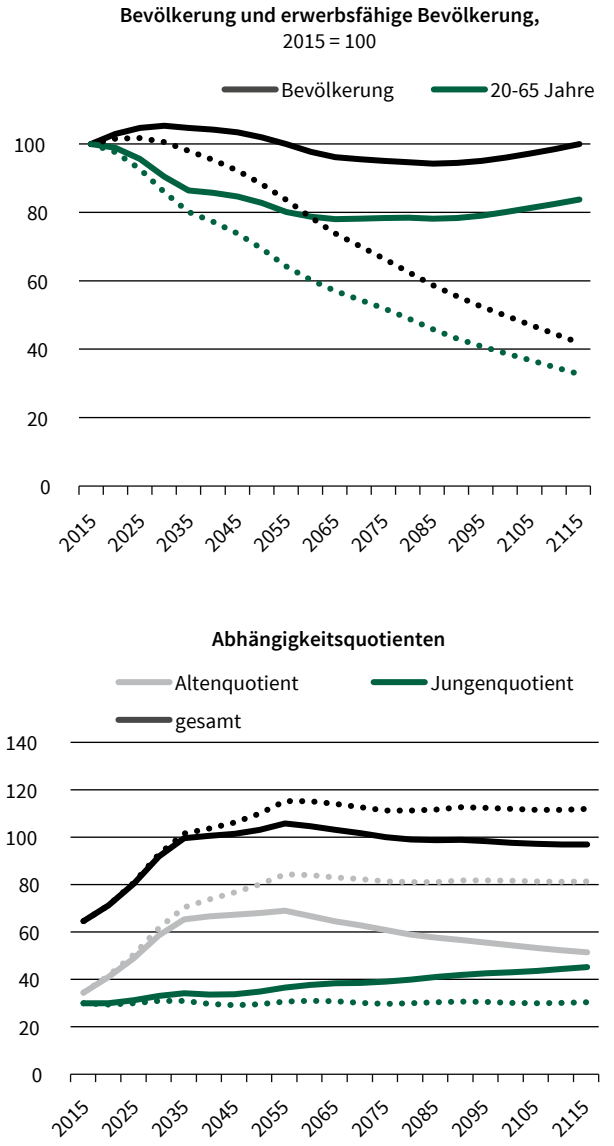

Anmerkung: Gepunktete Kurven: Basisszenario.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut

Das wahrscheinlich realistischste Szenario ist, dass es auch zukünftig zu einer kontinuierlichen Zuwanderung von 200 000 Personen pro Jahr kommt. Die Schrumpfung der Bevölkerung in Deutschland könnte auf diese Weise vermieden werden, es würde auch langfristig zu einer Stabilisierung der Bevölkerungszahl auf dem heutigen Niveau kommen (vgl. Abb. 3). Auch in diesem Fall würde aber die Zahl der Erwerbsfähigen bis etwa 2050 weiter zurückgehen und danach auf einem Niveau von 80 % des gegenwärtigen Wertes verharren. Die Gesamtzahl der Rentner würde sich bis 2050 in gleicher Weise entwickeln wie im Basisszenario und danach – wegen der Alterung der Zuwanderer – auch nur verhältnismäßig wenig reduzieren. Dementsprechend ergibt sich zumindest für die nächsten 20 Jahre auch keine Entlastung beim Altersquotienten: Erst nach 2035 würde sich dieser auf einem Niveau von rund 70 Rentnern je 100 Erwerbsfähige stabilisieren, und ein Rückgang ist erst in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts zu erwarten. Die Nachhaltigkeitsprobleme der umlagefinanzierten Sozialversicherungssysteme bleiben also auch in diesem Szenario bestehen, auch wenn sie langfristig weniger stark ausfallen als im Basisszenario. Allerdings nimmt aufgrund der steigenden Zahl der Geburten auch die Zahl der von der erwerbsfähigen Generation zu alimentierenden Kinder und Jugendlichen stark zu. Insoweit kommt es auch langfristig kaum zu einer Entlastung der erwerbsfähigen Bevölkerung.

**Abb. 3**

**Demographische Entwicklung bei konstanten altersspezifischen Geburtenraten und einer Zuwanderung von 200 000 Personen pro Jahr**




Anmerkung: Gepunktete Kurven: Basisszenario.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut

Um die negativen Auswirkungen des demographischen Wandels auf die wirtschaftliche Entwicklung und die umlage-

finanzierten Sozialversicherungssysteme zu vermeiden, wäre hingegen eine deutlich höhere Zuwanderung nötig: Zur Stabilisierung der Zahl der Erwerbsfähigen und damit zur Vermeidung von Arbeitskräftemangel wäre bis zum Jahr 2030 eine Zuwanderung von insgesamt 7 Mill. Personen im erwerbsfähigen Alter (knapp 500 000 Personen pro Jahr) erforderlich. Da die meisten anderen europäischen Länder vor ähnlichen demographischen Problemen stehen wie Deutschland, wären diese also aus Ländern außerhalb des europäischen Kulturkreises zu attrahieren, was vermutlich zu erheblichen Integrationsproblemen führen würde. Geradezu lächerlich ist es, die Finanzierungsprobleme der Rentenversicherung durch Zuwanderung lösen zu wollen. Um den Altersquotienten auf dem gegenwärtigen Niveau zu halten, wäre bis zum Jahr 2030 rechnerisch eine Zuwanderung von 34 Mill. Erwerbsfähigen notwendig. Es ist offenkundig, dass dies ganz und gar unrealistisch ist.

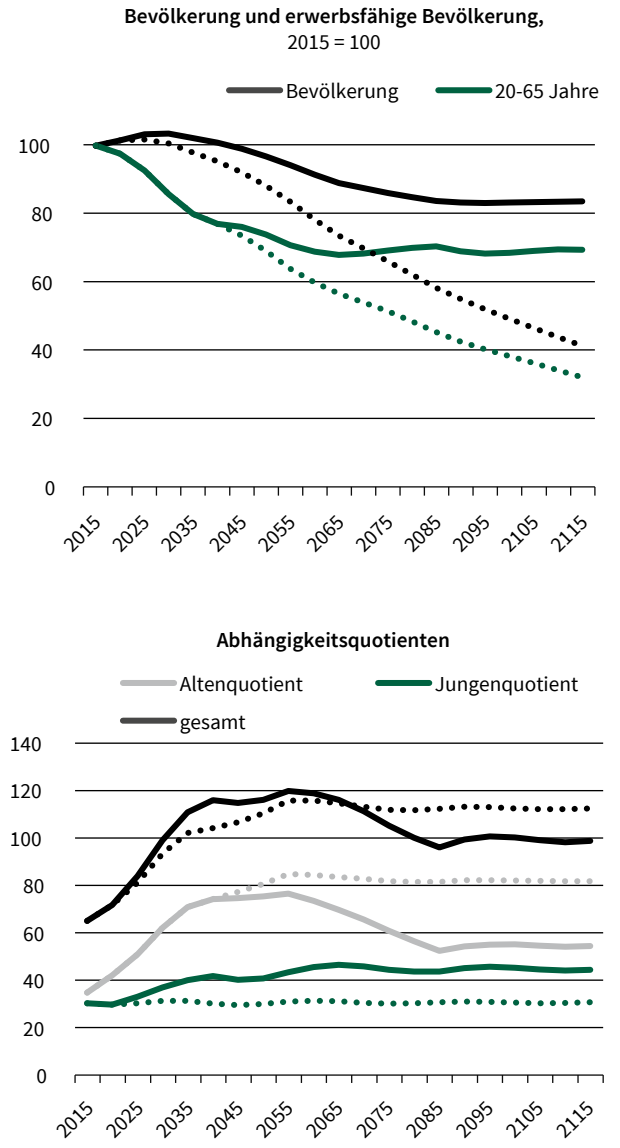
**c) Fertilitätsszenario**

Alternativ wird häufig angenommen, dass die negativen Implikationen des demographischen Wandels durch eine Steigerung der Geburtenraten noch vermieden werden könnten. Für unsere Berechnungen wird deshalb eine dauerhafte Steigerung der Geburtenraten auf das Bestandserhaltungsniveau (2,064 Kinder je Frau) ab dem Jahr 2020 unterstellt.[4] Unabhängig davon, dass dies wohl kaum realistisch ist und auch politisch als eher problematisch anzusehen ist (weil die Familienpolitik bestenfalls die Erfüllung von Kinderwünschen ermöglichen kann, sich aber nicht in die Geburtenplanung von Familien einmischen sollte), würde dies kurz- und mittelfristig kaum zu spürbaren Veränderungen der Bevölkerungsentwicklung führen. Zwar würde in diesem Fall jede künftige Elternkohorte zahlenmäßig genau ersetzt; die Kohorten, die in der Vergangenheit „zu wenige“ Kinder geboren haben, verbleiben aber noch für geraume Zeit in der Gesamtbevölkerung und scheiden erst allmählich aus, sodass die höhere Geburtenzahl dies nicht vollständig kompensieren kann. Der stabilisierende Effekt bestandssichernder Geburtenraten käme deswegen erst ab dem Jahr 2090 vollständig zum Tragen, wenn alle bislang „zu kleinen“ Kohorten aus der Bevölkerung ausgeschieden sind. Bis dahin wäre ein weiterer Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen, wenngleich natürlich weniger stark als im Basisszenario. Die Bevölkerung in Deutschland wäre dann um rund ein Sechstel niedriger als im Jahr 2015.

Auch die Entwicklung der Zahl der Erwerbsfähigen (und damit die Entwicklung des Altenquotienten) würde hierdurch erst dann positiv beeinflusst, wenn die zusätzlich geborenen Kinder selber in das erwerbsfähige Alter kommen – also frühestens ab dem Jahr 2035. Langfristig würde sich die Relation von Rentnern zu Erwerbsfähigen auf einen Wert von 1 zu 2 einpegeln – was jedoch immer noch deutlich höher wäre als heute. Zudem wären auch in diesem Fall von den Erwerbsfähigen dauerhaft mehr Kinder und Jugendliche zu versorgen, sodass sich der Abhängigkeitsquotient insgesamt von derzeit 65 % auf dann rund 100 % erhöhen würde.

**Abb. 4**

**Demographische Entwicklung bei Anhebung der Geburtenraten auf Bestandserhaltungsniveau ab 2020; keine Zuwanderung**




Anmerkung: Gepunktete Kurven: Basisszenario.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut

## FAZIT

Die voranstehenden Berechnungen zeigen deutlich, dass zumindest auf kurze und mittlere Sicht weder durch familienpolitische Maßnahmen noch durch verstärkte Zuwanderung die negativen Auswirkungen des demographischen Wandels auf die strukturelle Zusammensetzung der Bevölkerung in Deutschland vermieden werden können. Bei einer Lebenserwartung von rund 80 Jahren ist die künftige Bevölkerungsentwicklung eben in hohem Maße durch die Geburtenzahlen der Vergangenheit geprägt. Insoweit wirken sowohl die geburtenstarken Jahrgänge der 1950er und 1960er Jahre als auch

das Geburtendefizit ab 1970 bis weit in die Zukunft nach. Lediglich eine Stabilisierung der Gesamtbevölkerungszahl ist denkbar, sofern es zu einer dauerhaften Zuwanderung von 200 000 Personen pro Jahr kommt. Die massive Schrumpfung des Erwerbspersonenpotenzials hingegen ist zumindest für die kommenden 20 bis 30 Jahre nicht zu vermeiden. Gleiches gilt für die zu erwartenden Finanzierungsprobleme in den Sozialversicherungssystemen (Renten-, Pflege- und Krankenversicherung). Es kann nur noch um die Anpassung an den demographischen Wandel gehen – alle Versuche ihn zu vermeiden (oder auch, die negativen Folgen schönzureden), sind zum Scheitern verurteilt und verstellen im Zweifel den Blick auf die wirklich notwendigen Maßnahmen:

- Die Folgen des zu erwartenden Arbeitskräftemangels lassen sich nur durch einen verstärkten Produktivitätsfortschritt vermeiden. Anderenfalls drohen kurz- bis mittelfristig nicht nur Einbußen beim Wirtschaftswachstum, sondern auch beim Wohlstandsniveau pro Kopf, da die Zahl der Erwerbsfähigen stärker sinkt als die Zahl der Einwohner insgesamt. Dies erfordert also insbesondere die Entwicklung und den Einsatz arbeitssparender Technologien. Ängste um den Verlust von Arbeitsplätzen zum Beispiel durch die Digitalisierung sind insoweit völlig unbegründet. Es muss aber darum gehen, die Menschen durch Bildung und Ausbildung zu befähigen, mit diesen neuen Technologien auch umgehen zu können.
- Mit Blick auf die Rentenversicherung geht es darum, die zunehmenden Kosten der Alterung in einer gesellschaftlich akzeptablen Weise auf die erwerbsfähige Generation (die unabhängig von einer Steuer- oder Beitragsfinanzierung für die Kosten aufkommen muss) und die rentenberechtigte Generation zu verteilen. Gerechtigkeits-[5] wie Anreizüberlegungen sprechen dafür, die künftigen Rentner stärker zu belasten, sei es durch Verringerung des Rentenniveaus oder durch Verlängerung der Lebensarbeitszeiten.[6]
- Zur Vermeidung der langfristigen Auswirkungen der demographischen Entwicklung wird es schließlich zu verstärkter Zuwanderung und/oder einer erhöhten Geburtenzahl kommen müssen, auch wenn dies an den für die kommenden 20 Jahre zu erwartenden Problemen nichts mehr ändern wird. Auch hier bedarf es gesellschaftlicher Änderungen – mit Blick auf die Zuwanderung eine verbesserte Integrationsstrategie insbesondere für Menschen aus anderen Kulturkreisen, mit Blick auf die Erhöhung der Geburtenrate auf eine noch bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Letzten Endes sind dies alles keine neuen Ergebnisse – jeder, der sich ernsthaft und unvoreingenommen mit der Bevölkerungsentwicklung beschäftigt, weiß um die langfristigen Auswirkungen demographischer Trends der Vergangenheit. An Ideen und Vorschlägen zum Umgang mit den Herausforderungen schrumpfender und alternder Bevölkerung mangelt es deswegen auch nicht. Es gibt insoweit kein Erkenntnis-, sondern lediglich ein Umsetzungsproblem – Folge von kurzfristigem Denken und Orientierung der Politik an Wählerstimmenmehrheiten (die inzwischen nur noch bei Personen in einem Alter jenseits der 50 gefunden werden können). Es besteht also die große Gefahr, dass die Lösung der skizzierten Probleme auch in der jetzigen Legislaturperiode nicht gelingt, obwohl man es hätte besser wissen können.

---

1 Vereinfacht deshalb, weil die Gesamtbevölkerung in Gruppen von jeweils fünf Altersjahrgängen zusammengefasst wurde.

2 Von dem Gesamtzuwanderungssaldo in Höhe von 1,1 Mill. Personen im Jahr 2015 entfielen allein 474 000 Personen auf die drei Länder Afghanistan, Syrien und Irak. Gleichzeitig sind aber auch mehr als 330 000 Personen aus Ländern der Europäischen Union zugewandert, vor allem aus Rumänien Polen und Bulgarien.

3 Noch stärker ist die Bevölkerungsschrumpfung in Ostdeutschland, wo die zusammengefasste Geburtenziffer in den frühen 1990er Jahren auf nur noch rund 0,7 Kinder je Frau sank. Aufgrund des demographischen Echos wird dies auch in den 2020er Jahren (sowie dann wieder in den 2050er Jahren) zu geringen Geburtenzahlen führen.

4 Technisch wird dies so umgesetzt, dass alle altersspezifischen Geburtenraten um einen konstanten Faktor (der dem Anstieg der Geburtenrate auf das Bestandshaltungsniveau entspricht) erhöht werden. Damit erhöht sich zwar die zusammengefasste Geburtenziffer auf den entsprechenden Zielwert; die kohortenspezifische Geburtenziffer steigt jedoch erst langfristig auf das Bestandserhaltungsniveau an. Es wird also kein „Nachholen“ ausgefallener Geburten bei älteren Frauen unterstellt.

5 Da letzten Endes die geburtenstarken Jahrgänge der 1950er und 1960er Jahre zu wenige Kinder bekommen haben, also in ihrer Erwerbsphase nur geringe Belastungen für die Erziehung von Kindern und für Rentenzahlungen an ihre Eltern bzw. Großeltern hinzunehmen hatten, erscheint aus einer Lebenszyklusperspektive eine stärkere Beteiligung an den Kosten der Alterung nur „fair“.

6 Selbst eine Verlängerung der Lebensarbeitszeiten („Rente mit 70“) würde den Anstieg des Altenquotienten zwar dämpfen, jedoch nicht verhindern können. Langfristig würde sich auch in diesem Fall die Relation von Rentnern zu Erwerbsfähigen auf ca. 0,6 zu 1 einpendeln.